

Unfähig zum Kompromiss

Zu: „Wiens hochgefährliches Experiment“, FR-Politik vom 7.1.

Im Frühjahr 1930 scheiterte die letzte parlamentarische Regierung der Weimarer Republik (Große Koalition) an den Folgen u.a. der Unfähigkeit der beteiligten Parteien, Kompromisse zu schließen. Danach wurde autoritär mit Notverordnungen Hindenburgs regiert, der schließlich knapp drei Jahre später Hitler zum Reichskanzler machte, der nie eine Mehrheit der Wählerstimmen hatte. Gleichwohl erreichen die 43,9 Prozent bei der – nicht mehr wirklich freien – Reichstagswahl im März 1933 zur ewigen Schande der Wählerinnen und Wähler der NSDAP.

Hat man aus den Folgen dieser Kompromissunfähigkeit wenigstens in Deutschland, wenn schon nicht in Österreich, etwas gelernt? Über 70 Prozent der österreichischen Wählerinnen und Wähler haben nicht die FPÖ gewählt. Trotzdem wird ihr rechtsradikaler Vorsitzender nun österreichischer Bundeskanzler, weil die Parteien nicht kompromissbereit waren und die Gefahren, die Europa drohen, über ihren Parteiinteressen aus den Augen verlieren. Damals betonte eine kleine Abspaltung der konservativen DNVP die Notwendigkeit einer Brandmauer gegen die Nationalsozialisten. Wird es bei den heutigen Konservativen, der CDU, auf Dauer eine Mehrheit gegen die Verächter der Demokratie und des Grundgesetzes geben? Bange Fragen!

Almut Mezger, Darmstadt

Diskussion: frblog.de/kickl

Soll das witzig sein?

Christian Lindner und die Torte: „Volltreffer“, FR-Politik vom 10.1.

Ich bin weit davon entfernt, FDP-Anhängerin zu sein. Doch der Artikel auf Seite 3 der heutigen FR-Ausgabe zur Ladung Seifenschau ins Gesicht von Christian Lindner geht voll daneben: Sprachlich wird die Aktion mit „Volltreffer; beherzt; zielsicher“ in Verbindung gebracht. Zugleich wird Lindner als „Freidemokratenboss“ beschrieben, dem etwas „ins Antlitz praktiziert“ wird und der dann „haute“. Soll das ironisch-witzig sein? Möchten Sie diese Form der Auseinandersetzung unterstützen, statt sich deutlich abzugrenzen? Ute Böning, Sendenhorst

SORRY

Begleitend zum Artikel „Mitsamt ihren Waffen begraben“ (11.1., S.8) haben wir Mitglieder der Miliz der Syrischen Nationalen Armee (SNA) abgebildet, diese jedoch im Bildtext den konkurrierenden Syrischen Demokratischen Kräften (SDF) zugeordnet. Die SNA wird von der Türkei unterstützt, die SDF nicht.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an: Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an: Bronski@fr.de oder Forum@fr.de

Bitte geben Sie immer Ihre Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift online unter www.frblog.de publiziert werden kann. Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FORUM ONLINE

Alle Stimmen aus diesem Forum wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20250113 Dort können Sie Ihre Meinung auch selbst veröffentlichen.

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg diskutiert im Rahmen eines Abends der „HiN-Cineasten“ nach der Vorführung eines Überraschungsfilmes über die Darstellung von Journalismus im Film. **Freitag, 17. Januar, 19.30 Uhr** Lutherkirche **Martin-Luther-Platz 1** Frankfurt

Sandra Busch und **Georg Leppert** diskutieren mit den Frankfurter Direktkandidat:innen für den Bundestag Omid Nouripour (Grüne), Yannick Schwander (CDU), Lena Voigt (SPD). **Dienstag, 21. Januar, 19 Uhr** **Haus am Dom, Domplatz 3** Frankfurt

Stephan Hebel lädt ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Livestream unter fr.de/hebelsstunde **Donnerstag, 23.1., 19 Uhr** **Club Voltaire** **Kleine Hochstraße 5** Frankfurt

Stephan Hebel moderiert die Diskussion „Brauchen wir ein AfD-Verbot?“ Mit Michèle Winkler (Komitee für Grundrechte und Demokratie), Axel Schäfer (MdB, SPD) u.a. **Freitag, 24. Januar, 19 Uhr** **Kulturzentrum „Rotunde“** **Am Kulturgleis 3-5, Bochum**

Die Extremen sind zweitstärkste Kraft

AfD: „Abrissbirne für Deutschland“, FR-Feuilleton v. 14.1., und „Gefährlich wie nie“, FR-Meinung v. 13.1.

Verwuschene Bezeichnungen

Treffend titelt Jan Sternberg im Leitartikel zur AfD „Gefährlich wie noch nie“. Wäre es nicht konsequent, statt der reichlich verwuschelten Begriffe „rechtsextrem“, „rechtspopulistisch“ oder – wie der Verfassungsschutz äußerte – „völkisch nationalistisch“ den treffenden Begriff „faschistisch“ zu verwenden? Weidel ist inzwischen mit ihrer Hetze voll vereinheitlicht mit Björn Höcke, der ja sogar gerichtlich bestätigt als Faschist bezeichnet werden darf. Spätestens seit ihrer gruseligen Rede am Samstag muss man klar sagen: Alice Weidel ist eine Faschistin. *Monika Gärtner-Engel, Gelsenkirchen*

In Weidels Rede fehlte nur noch eine Frage

1933 löste Hindenburg den Reichstag auf und berief Hitler aus Braunau (Österreich) als Führer der zweitstärksten Partei zum Reichskanzler. Der führt in und verliert seinen „totalen Krieg“.

2024 löste Steinmeier den Bundestag auf. Die derzeit zweitstärkste Partei wählte nun Weidel, in der Schweiz wohnend, zur Kanzlerkandidatin. In Ihrer keifenden „Dankes“-Rede mit „ganz klaren Ansagen an alle Welt“ fehlte eigentlich nur noch eine Frage: „Wollt Ihr den totalen Krieg?“ Ein einhelliges Ja hätte spätestens dann hoffentlich allen die Augen geöffnet, was man noch erwarten muss. Sage am Ende niemand, er habe das alles nicht gewollt, geahnt, gewusst! *Ulrich Voepel, Frankfurt*

Autokraten dürfen nicht an die Macht

Ja, die Zeiten sind in den letzten Jahren aus mehrfachen und bekannten Gründen für viele Menschen



Protest in Riesa gegen die AfD.

schwieriger geworden. Trotzdem ist es gerade in Deutschland mehr als erstaunlich, dass sich – nach schlimmsten Erfahrungen mit Nazi- und Sowjetdiktatur – derart viele Feinde der parlamentarischen Demokratie finden, um diese zerstören, d. h. abschaffen zu wollen. Dazu ist festzustellen: Derart autokratische Kräfte mit ihren Strukturen dürfen niemals wieder die Herrschaft übernehmen, um die in jahrhundertelangen Kämpfen errungenen Freiheits- und Menschenrechte zu beseitigen.

Heinrich Heine (1797 bis 1856), Poet, Schriftsteller und vehementer Kritiker an den politischen Verhältnissen in Deutschland: „Lege keinen Wert auf Dichterruhm. Aber ein Schwert sollt ihr mir auf den Sarg legen, denn ich war ein braver Soldat im Befreiungskriege der Menschheit.“ *Josef Draxinger, Vohburg*

Das Krisengerede ist vor allem Taktik

Es gehört zur Strategie rechtsextremer Parteien, Krisenstimmung zu verbreiten. Dazu gehört nicht nur, immer wieder irgendwelche Bedrohungen oder Wirtschaftskrisen heraufzu-

beschwören, sondern auch, die demokratischen Strukturen grundsätzlich infrage zu stellen. Wenn einst der Weimarer Reichstag „Quaselsbude“ genannt wurde, so hat das mit dazu beigetragen, die Demokratie kaputt zu machen, und hat den Nazis ihre Erfolge erleichtert. Wenn die politische Auseinandersetzung heute als „Parteien-Hickhack“ herabgewürdigt wird, so zeugt das von wenig Verständnis für die selbstverständlichen demokratischen Prozesse und spielt jenen in die Hände, die autoritäre Strukturen proklamieren. Christoph Ahlhaus, Chef-Lobbyist des sogenannten „Mittelstands“, sollte seine Wortwahl besser kontrollieren. Als ehemaliger Hamburger Spitzenpolitiker müsste er eigentlich wissen, wie demokratische Politik geht. *Wolfgang Heitmann, Sankt Augustin*

Ewiggestrige Parteien am politischen Rand

AfD und BSW sind ewiggestrig, was die Negation gesellschaftlicher Entwicklungen und der Klimakrise betrifft. *Lutz Eisel, Bochum*

Diskussion: frblog.de/radikal

Scholz hat's gut gemacht

Zu: „Füttert die Trolle!“, FR vom 10. Januar

Frau Dunz hat sich die Trolle Musk und Trump vorgenommen. Musk hat unseren Kanzler Olaf Scholz einen Narren genannt. Ein Unverschämtheit! Scholz hat darauf mit Schulterzucken reagiert. Das war auch für Frau Dunz die richtige Reaktion. Komplexer ist die Situation bei Donald Trump. Noch nicht vereidigt, sendet er seine Ansprüche an die Welt hinaus: auf Panama, Grönland, Kanada. Hier hat Scholz sofort reagiert. Er hat Trump auf die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Stärke des Rechts statt des Rechts des Stärkeren hingewiesen. Für Dunz war das zu wenig: „Es zählt nicht zu den Stärken des Sozialdemokraten, Krisen im Schulterschluss mit anderen aufzutreten“. Eine, aus meiner Sicht, unfaire Beurteilung. Es war richtig von Scholz, sofort zu reagieren. Er hat das gut gemacht. Andere Regierungsoberhäupter hätten sich Scholz anschließen können, auch Macron. Wolfgang Kusch, Wehrheim

Diskussion: frblog.de/maga

Unsere Nazis kehren heim

Zu: „Musk versetzt AfD in siebten Himmel“, FR-Politik vom 3. Januar

Herr Musk hat gewählt (USA) und wählt (D). Alternative Wahrheiten werden zu alternativen freien Meinungs-„Wahrheiten“, „gestohlene Wahlen“ werden zurückgegeben. Folgerichtig geben uns die „Amis“ auch das zurück, was sie Deutschland vor rund 80 Jahren gestohlen haben: Unsere Nazis! *Jürgen Antes, Frankfurt*

Diskussion: frblog.de/musk

An der Schaltstelle

Gastbeitrag: „Mehr seelische Gesundheit in der Jugend“ v. 13.1.

Liebe Frau Paus, liebe Frau Fester, liebe Frau Kappert-Gonther, Sie eint eine Gemeinsamkeit: Sie sitzen an der politischen Schaltstelle und auf der Ebene, um Dinge anzustoßen, die es dringend zu verändern gilt. Ich bin es leid zu lesen: „Man müsste...“, „Es sollte...“, „Es braucht...“ Ihre Fraktion kann die Anträge stellen, die Sie passend ausformuliert haben zu allen Punkten, die man „sollte“, „braucht“, „müsste“ in Ihrem Gastbeitrag! Sonst bleibt der Beitrag, der den Nagel in allen Punkten auf den Kopf trifft, auf dem Niveau eines Wahlwerbebeitrags der Partei, für die Sie im Bundestag sitzen.

In der Hoffnung, in einer zeitnahen FR-Ausgabe von Ihnen passend ausformulierten, im Bundestag erfolgreich gestellten Anträgen zu lesen, verbleibe ich mit dem Wunsch, dass sie dann auch umgesetzt werden. *Beate Bender, Dortelwe*

Der Sozialstaat gerät unter Druck

Wahlkampf: „Ein Kanzler Friedrich Merz hätte katastrophale Folgen“, FR-Politik vom 14. Januar

In Österreich steht Herbert Kickl (FPÖ) „ante portas“. Die AfD in Deutschland festigt ihre Position als zweitstärkste Partei und könnte am 23. Februar als „Protestpartei“ Wahlsieger sein! Ein Verbot der AfD ist schon verfassungsrechtlich nicht möglich (es langte nicht mal bei der NPD!). Gründe für den Aufstieg sehe ich in den von links her unbearbeiteten Sozialthemen.

Die Armut in Deutschland betrifft 13 Millionen Menschen. Zu Beginn des Jahres 2025 gab es eine wahre Orgie an Abgaben- und Gebührenerhöhungen. Die Beitragserhöhungen der gesetzlichen Krankenkassen – verschämt als „Anpassungen“ bezeichnet – und eine Erhöhung der Pflegeversicherungsbeiträge lassen die Lohnabrechnungen Januar 2025 trotz Erhöhung der steuerlichen Grundfreibetrags mit Einkommensverlusten zurück. „Bild“ titelt

am 8.1. „Stoppt den Netto-lohn-Klau!“ Die Inflation galoppiert weiter. Deutschlandticket, Porto, Grundsteuer, kommunale Gebühren und Abgaben wurden erhöht. Die CO₂-Steuer (plus 19 Prozent Mehrwertsteuer) verteuert Gas und Öl (Heizung) ohne Ausgleich durch ein „Klimageld“. Lebensmittelpreise steigen; (Butter 250 Gramm für vier Euro). Wer kann sich das leisten?

Die Richter an den Amtsgerichten stellen einen exorbitanten Anstieg von Klagen und Zwangsvollstreckungen der Strom- und Gasanbieter fest. In wie vielen Haushalten ist jetzt im Winter schon Strom und Gas abgestellt, weil die Verbraucher zahlungsunfähig sind? Die Einnahmen der Arbeitenden sinken, die Zahl der Arbeitslosen nimmt zu. Kaufkraft bricht weg. Die Zahl der Insolvenzen ist so hoch wie zu Zeiten der Finanzkrise 2008/2009. Die weltweite „Rezes-

sion“ frisst sich in die Wirtschaft. Hochrüstungsets führen zu Fehlleitung von Ressourcen. Sie sind nicht nur ökologisch schädlich, sondern lassen kein Geld für Soziales. Schon soll wegen gestiegener Krankenkosten für den ersten Krankentag als „Karenztag“ der Lohn gestrichen werden.

Der „Sozialstaat“ gerät massiv unter Druck – und damit die Gering- und Normalverdiener und Rentner. Die SPD als Anwalt der „kleinen Leute“ – Totalausfall! Die Grünen vertreten die Interessen eines „robusten“ mittelständischen Bürgertums. Die Linke dümpelt in einer kapitalistischen Großkrise bei drei Prozent – warum? Ich vermisse Selbstkritik und Wahlprogramme, die Antworten zur sozialen Frage geben und vernünftige Angebote machen. *Thomas Ewald, Nidderau*

Diskussion: frblog.de/wahl2025